

Städtisches Altenpflegeheim St. Elisabeth

- **Freigabe für Begründung Widerspruch bzw. Erhebung einer Klage gegen die Teilentscheidung der Heimaufsicht wegen Übergangsfrist von Vorschriften der Landesheimbauverordnung**

Im Herbst 2015 hat die Stadt als Betriebsträger des Eigenbetriebs „städtisches Altenpflegeheim St. Elisabeth“ bei der für uns zuständigen Heimaufsicht beim Landratsamt Sigmaringen Anträge auf Ausnahmen von den Vorschriften der Landesheimbauverordnung als auch auf Verlängerung der Anpassungsfrist zur Umsetzung der Verordnungsanforderungen an das Bestandsgebäude gestellt. Mit Bescheid vom 6. Juni 2017 hat die Heimaufsicht den beantragten Ausnahmen voll umfänglich zugestimmt. Lediglich bei der Bewilligung der maximalen Übergangsfrist von 25 Jahren nach Inbetriebnahme zurückliegender umfassender Sanierungsmaßnahmen hat die Heimaufsicht in Folge neuer Vorgaben des Sozialministeriums eine deutlich kürzere Übergangsfrist ausgesprochen. Gegen diese Teilentscheidung hat die Verwaltung fristgerecht bereits Widerspruch eingelegt, der nun abschließend begründet werden muss. Gegebenenfalls sollte die Rechtsposition der Stadt in Folge der deutlich verkürzten Übergangsfrist (anstatt Dezember 2026 auf März 2025) durch eine entsprechende Klage gegen die Entscheidung untermauert werden.

Im Rahmen der zurückliegenden Klausurtagung des Gemeinderates sind die wesentlichen Rahmenbedingungen bekannt. Bei der Sitzung sollte der Verwaltung bzw. den von der Stadt beauftragten Anwaltskanzlei Völker & Partner die formale Freigabe für die Erhebung einer Klage in Folge eines erst ablehnenden Widerspruchsbescheides erteilt werden. Näheres wird im Rahmen der Sitzung erläutert.

Beschlussvorschlag:

1. **Zur Wahrung städtischer Interessen im Zusammenhang mit dem gestellten Antrag auf Verlängerung der Übergangsfrist nach der Landesheimbauverordnung für das Städtische Altenpflegeheim St. Elisabeth wird der Verwaltung Freigabe erteilt den bereits eingelegten Widerspruch gegen die Entscheidung der Heimaufsicht abschließend zu begründen.**
2. **Im Falle einer ablehnenden Widerspruchsentscheidung des Regierungspräsidiums Tübingen wird die Verwaltung ermächtigt, mit fachlicher Unterstützung durch die Anwaltskanzlei Völker & Partner aus Reutlingen, fristgerecht Klage gegen diese Entscheidung zu erheben.**